

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2014

Wirtschaftschronik. II. Quartal 2014

Der Europäische Rat wird dem Europäischen Parlament Jean-Claude Juncker als Präsidenten der Europäischen Kommission vorschlagen. Mit dem Ziel die Inflationsrate im Euro-Raum wieder an die 2%-Grenze anzunähern, führt die EZB erstmals Negativzinssätze für EZB-Einlagen von Geschäftsbanken sowie weitere liquiditätsfördernde Maßnahmen ein. Der politische Konflikt zwischen Russland und der Ukraine birgt für Europas Gasversorgung Unsicherheiten. Vor dem Hintergrund einer weiteren militärischen Eskalation zwischen Russland und der Ukraine wird das Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine unterzeichnet. Es sieht u. a. den fast vollständigen Verzicht auf Zölle und eine enge Zusammenarbeit im Energiebereich vor. – Die Entscheidung, die Eigentümer nachrangiger Anleihen, für die das Land Kärnten haften sollte, an den Kosten des Abbaus der Hypo Alpe-Adria-Bank AG zu beteiligen, zieht eine Herabstufung des Ratings einiger Banken nach sich. Das Verfahren gegen Österreich wegen eines übermäßigen Defizits wird vom Europäischen Rat geschlossen. Mit einer Verspätung aufgrund der Nationalratswahlen im Herbst 2013 beschließt der Nationalrat das Bundesfinanzgesetz 2014 und 2015 erst im Mai 2014.

Calendar of Economic Events. Second Quarter 2014

The European Council proposes to the European Parliament that Jean-Claude Juncker become president of the European Commission. Aiming to get the inflation rate in the euro area back to the 2 percent threshold, the ECB introduces, for the first time in its history, negative interest rates for ECB deposits by commercial banks as well as other measures to improve liquidity. The political conflict between Russia and Ukraine threatens Europe's gas supply. Against a background of further military escalation between the two countries, the EU and Ukraine sign an association agreement which, i.a., provides for the almost complete waiver of customs duties as well as close cooperation in the energy sector. – The decision to have owners of secondary loans, which should be guaranteed by the province of Carinthia, chip in on the cost of the deconstruction of Hypo Alpe-Adria-Bank AG results in the downrating of some banks. The European Council closes the deficit proceedings against Austria. Delayed by the parliamentary elections held in the autumn of 2013, the Federal Finances Act for 2014 and 2015 is passed by the parliament only in May 2014.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Angelina.Keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 30. Juni 2014

Begutachtung: Christian Glocker, Franz R. Hahn, Margit Schratzenstaller

1. Ausland

1.-4. April: Als Folge eines mehrtägigen Streiks der Piloten der deutschen Fluggesellschaft Lufthansa werden 3.800 Flüge von Lufthansa, Germanwings und Lufthansa Cargo abgesagt. 425.000 Fluggäste sind davon betroffen.

Lufthansa: Streik

8. April: Großbanken müssen in den USA ab Anfang 2018 eine Eigenkapitalquote (Leverage Ratio) von 6% (auf Holding Ebene 5%) vorweisen. Ab 2015 gilt die Basel-III-Definition für die Eigenkapitalquote.

USA: Eigenkapitalquote

9. April: Die Europäische Kommission legt Leitlinien für Beihilfen im Umweltschutz und Energiesektor fest, um den Einsatz erneuerbarer Energieträger schrittweise an den Markt heranzuführen. Den EU-Ländern wird weiterhin ermöglicht, energie- und exportabhängige Branchen von Abgaben oder Zuschlägen auf den Strompreis zu entlasten. Das Beihilfeverfahren gegen das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird fortgesetzt (siehe dazu weiter unten, "27. Juni").

EU: Umweltschutz und Energiesektor

10. April: Internationale Anleger zeichnen griechische Anleihen mit einer Laufzeit von 5 Jahren und einer Rendite von 4,95% im Umfang von 3 Mrd. €. Griechenland finanziert sich damit wieder über den internationalen Kapitalmarkt.

Griechenland: Anleihen

EU-Länder: Finanztransaktionssteuer

6. Mai: In einer gemeinsamen Erklärung kündigen Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, Slowakei und Spanien an, spätestens zum 1. Jänner 2016 auf Grundlage eines Vorschlages des Europäischen Rates (COM(2013) 71) eine harmonisierte Steuer auf Finanztransaktionen (Financial Transaction Tax – FTT) einzuführen. Vorerst sollen Transaktionen auf Aktien und noch nicht spezifiziertere Derivate besteuert werden.

Schweiz: Volksabstimmung

18. Mai: Anlässlich einer Volksabstimmung lehnen 76% der Schweizer Bevölkerung eine Mindestlohninitiative und 53% einen Ankauf von 22 Kampfflugzeugen der Marke Gripen ab.

Russland, China: Erdgaslieferung

21. Mai: Russland und China unterzeichnen einen Vertrag über die Lieferung von russischem Erdgas über 30 Jahre im Wert von 400 Mrd. \$. Pro Jahr werden rund 38 Mrd. m³ Erdgas über eine neue Pipeline nach China geliefert werden. Die erforderlichen Investitionen in die Infrastruktur betragen 70 Mrd. \$.

Deutschland: Pensionsversicherung

23. Mai: Der Deutsche Bundestag beschließt ein Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Pensionsversicherung, welches u. a. den abschlagsfreien Bezug einer Pension mit 63 Jahren¹⁾ nach 45 Beitragsjahren und eine bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten ("Mütterrente") vorsieht. Die neue Regelung tritt mit 1. Juli 2014 in Kraft.

USA: Stromerzeugung

2. Juni: Die Environmental Protection Agency – EPA beabsichtigt, die CO₂-Emissionen der Stromerzeugung aus fossiler Energie in den USA bis 2020 um 25% und bis 2030 um 30% des Wertes von 2005 zu senken. Die Umsetzung liegt bei den Bundesstaaten.

G 7: Freihandelsabkommen

6. Juni: Anlässlich des G-7-Treffens bekräftigen alle Teilnehmer die Absicht, die laufenden Verhandlungen der Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP), der EU und Kanada, der EU und Japan sowie zwischen Kanada und Japan möglichst bald abzuschließen. Zur Sicherung der Energieversorgung im Winter 2014/15 werden regionale Notfallpläne entwickelt. Die Internationale Energieagentur IEA wird bis Ende 2014 längerfristige Maßnahmen zur Sicherung der Gasversorgung vorschlagen. Die G-7-Länder treten für ein neues weltweites Klimaabkommen auf der Weltklimakonferenz ein.

EZB: Leitzinssatzsenkung

11. Juni: Die EZB senkt die Leitzinssätze um 10 Basispunkte. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt nun 0,15%, jener für die Spitzenrefinanzierungsfazilität 0,40% und für die Einlagefazilität –0,1%. Mit weiteren geldpolitischen Maßnahmen stellt die EZB zusätzlich Liquidität zur Verfügung, um einer Deflation entgegenzuwirken. So erhalten die Banken langfristige Mittel bis 2018 zu günstigen Konditionen (Targeted Long Term Refinancing Operations – TLTRO: Leitzinssatz + 10 Basispunkte, derzeit 0,25%), die sie kontrolliert als Kredite an Unternehmen weiter geben sollen. Die Liste der Wertpapiere, die von den Banken bei der Zentralbank als Pfand gegen Liquidität hinterlegt werden können, wird erweitert. Die EZB kann in Zukunft direkt auf dem Markt forderungsbesicherte Wertpapiere kaufen (Asset Backed Securities – ABS). Weiters bietet die Notenbank die Hauptrefinanzierung mindestens bis Ende 2016 ohne Mengenbeschränkung zu einem fixen Zinssatz an. Die Sterilisierung, die während der Krise als Instrument gegen den Inflationsdruck eingesetzt wurde, wird aufgehoben, d. h. Liquidität aus früheren Staatsanleiheprogrammen wird nicht mehr abgeschöpft. Die Dreimonatsgeschäfte werden ohne Mengenbeschränkung bis Ende 2016 angeboten.

Portugal: Hilfskredite

12. Juni: Portugal beschließt, die letzte Tranche der von der "Troika" (EZB, IWF, Europäische Kommission) zugestandenen Hilfskredite nicht in Anspruch zu nehmen, da der Zugang zum Kapitalmarkt wieder gegeben ist.

Russland, Ukraine: Gaslieferungen

16. Juni: Der russische Gaslieferant Gazprom stellt seine Lieferungen in die Ukraine ein, nachdem das Ultimatum zur Begleichung der Ausstände der Ukraine von 2,2 Mrd. \$ verstrichen ist. Weitere Gaslieferungen an den ukrainischen Gasversorger Naftogas werden nur mehr gegen Vorauszahlungen erfolgen. Die mit der EU verein-

¹⁾ Das Regelpensionsalter von derzeit 65 Jahren für Männer und Frauen wird bis 2029 schrittweise auf 67 Jahre angehoben.

barten Gaslieferungen werden weiterhin über die Ukraine durchgeführt. Ende Mai hatte der EU-Kommissar Oettinger einen Verhandlungsvorschlag zur Lösung des Gaskonfliktes vorgelegt (Bezahlung der ausstehenden Rechnungen Anfang Juni und sofortige Preisverhandlungen), der nicht angenommen wurde.

20. Juni: Der Ecofin-Rat schließt das Verfahren wegen übermäßigen Defizits gegen Belgien, Tschechien, Dänemark, die Niederlande, Österreich und die Slowakei. Diese Länder haben ihr gesamtstaatliches Haushaltsdefizit unter 3% des BIP gesenkt.

24. Juni: Albanien erhält von der EU den Status eines Beitrittskandidatenlandes.

26.-27. Juni: Der Europäische Rat einigt sich ohne die Zustimmung von Großbritannien und Ungarn, dem Parlament Jean-Claude Juncker für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission vorzuschlagen. Der Rat schließt das Europäische Semester ab und ruft die Mitgliedsländer auf, größere Anstrengungen zu unternehmen, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Angesichts der geopolitischen Instabilität und der demographischen Entwicklungen in Europa werden migrations-, asyl- und grenzpolitische Fragen erörtert. Um die hohe Abhängigkeit der EU-Länder von Energielieferanten außerhalb der EU zu verringern, prüft die Kommission eine europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit (EESS). Investitionen in Energieinfrastrukturprojekte, einschließlich jener, an denen Drittstaaten beteiligt sind, müssen uneingeschränkt die Binnenmarkt- und Wettbewerbsvorschriften der EU beachten.

Mit der Nominierung des Kommissionspräsidenten ist eine strategische Agenda verbunden, die fünf Prioritäten festlegt:

- eine Union der Arbeitsplätze, des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit,
- eine Union, die alle Bürger befähigt und schützt,
- eine Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik,
- eine Union der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes,
- die Union als starker globaler Akteur.

Der Ende Mai neugewählte Präsident der Ukraine, Poroschenko, unterzeichnet den Wirtschaftsteil des EU-Assoziierungsabkommens, nachdem bereits am 21. März der politische Teil des Abkommens unterzeichnet wurde. Das Abkommen ist die Grundlage für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Schaffung einer Freihandelszone sowie die Anpassung von Vorschriften und Normen der Ukraine an die Standards der EU. Auch Georgien und die Republik Moldau unterzeichnen ähnliche Abkommen.

27. Juni: Der Deutsche Bundestag beschließt die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) mit dem Ziel, den Anteil der Stromgewinnung aus erneuerbarer Energie bis 2050 schrittweise auf 80% zu steigern und den Anteil erneuerbarer Energieträger am gesamten Bruttoendenergieverbrauch bis 2020 auf mindestens 18% zu erhöhen. Gleichzeitig sollen die EEG-Umlage, die für private Haushalte seit 2012 von 0,0359 € je kWh auf 0,0624€ je kWh 2014 gestiegen ist und mit der die Kosten der Förderung von erneuerbarer Energie auf die Stromverbraucher verteilt werden, der Preis sowie die Versorgungssicherheit stabil gehalten werden. Für den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energieträger werden Pfade festgelegt. Die Einspeisevergütung sinkt auf durchschnittlich 0,12 € je kWh. Als energieintensiv und daher teilweise von der EEG-Umlage befreit galten bisher Industrieunternehmen, deren Stromkosten mindestens 14% der Bruttowertschöpfung ausmachten. Dieser Wert wird für 68 Kernbranchen schrittweise bis 2015 auf 17% erhöht. Das Gesetz tritt mit 1. August 2014 in Kraft.

30. Juni: Als Ergebnis einer Einigung mit den Behörden der USA muss die französische Großbank BNP Paribas wegen Umgehung von Sanktionen der USA 8,8 Mrd. \$ zahlen. Zwischen 2002 und 2009 hat die Bank Zahlungen für Erdgas- und Erdöllieferungen der Länder Iran, Sudan und Kuba in Dollar abgewickelt.

Ecofin-Rat: Defizitverfahren

Albanien: Beitrittskandidatenland

EU: Jean-Claude Juncker

EU: Strategische Agenda

EU, Ukraine: Assoziierungsabkommen

Deutschland: Erneuerbare-Energien-Gesetz

USA: BNP Paribas

2. Österreich

ÖIAG: América Móvil

23. April: Die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) schließt mit der América Móvil, dem größten Mobilfunkanbieter Lateinamerikas, einen 10 Jahre laufenden Syndikatsvertrag ab, um sicherzustellen, dass die Republik Österreich langfristiger Kernaktionär an der Telekom Austria Group mit einem Anteil von zumindest 25% plus einer Aktie, die Zentrale des Unternehmens in Österreich und der Versorgungsauftrag gegenüber der Bevölkerung erhalten bleiben. Die América Móvil wird nach der Übernahme der Anteile des österreichischen Investors Ronny Pecik 23% der Telekom-Austria-Aktien halten.

Bundesvoranschlag 2014, 2015, Bundesfinanzrahmen 2015-2018

29. April: Der Ministerrat beschließt den Entwurf des Bundesvoranschlages 2014, der das gesetzliche Budgetprovisorium vom Jänner 2014 ersetzt, und des Bundesvoranschlages 2015 sowie den Entwurf des Bundesfinanzrahmens für die Jahre 2015 bis 2018. Das österreichische Stabilitätsprogramm für die Jahre 2013 bis 2018 und das aktualisierte Draft Budgetary Programme vom 15. Oktober 2013 werden an die Europäische Kommission übermittelt.

Bundesvoranschlag 2014: Nachbesserungen

12. Mai: Angesichts der während des Eurogruppen-Treffens am 5. Mai bei der Diskussion des österreichischen Draft Budgetary Programme geäußerten Befürchtungen einer "signifikanten Abweichung" vom Budgetpfad 2014 kündigt das Bundesfinanzministerium in einem Brief an die Europäische Kommission Nachbesserungen an. Diese umfassen zusätzliche einnahmenseitige Maßnahmen von 525 Mio. € (u. a. Einnahmen aus Strafzuschlägen bei Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung) und Einsparungen von 460 bis 465 Mio. € (u. a. weitere Kürzung der Ermessensausgaben und Förderungen). Einschließlich der erwarteten konjunkturbedingten Mehreinnahmen aus Einkommensteuer und Sozialbeiträgen wird ein zusätzliches Konsolidierungsvolumen von 990 bis 995 Mio. € angekündigt.

Budgetbegleitgesetz

20. Mai: Der Nationalrat beschließt das Budgetbegleitgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Stabilitätsabgabegesetz, die Bundesabgabenordnung, das Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz und das Amtshilfe-Durchführungsgesetz geändert werden. Damit ist eine wesentliche gesetzliche Grundlage gegeben, um die Ausgaben in den nächsten vier Jahren um 552 Mio. € zu senken. Das Gesetzespaket sieht Einsparungen aus dem Zweckzuschuss des Bundes an die Länder zur Finanzierung der Wohnbauförderung, aus der besonderen Presseförderung, aus Zuwendungen an die Parteiakademien und der Auflösung des Krankenkassenstrukturfonds vor sowie zusätzliche finanzielle Mittel für ältere Arbeitslose (20 Mio. €), für die Bundesmuseen und die Bundestheater sowie eine Erhöhung des Studienbeihilfe-Zuschlages für betreuungspflichtige Eltern.

Reform der Grunderwerbsteuer

23. Mai: Die vom Verfassungsgerichtshof geforderte Reform der Grunderwerbsteuer wird beschlossen. Ab dem 1. Juni 2014 gilt bei der entgeltlichen und unentgeltlichen Übertragung von Immobilien im Familienverband (Ehepartner, eingetragene Partner, Lebensgefährten, die im selben Haushalt leben oder lebten, Eltern, Kinder, Enkel und Schwieger-, Wahl- oder Stiefkinder) wie bisher ein begünstigter Steuersatz von 2% und als Steuerbemessungsgrundlage der dreifache Einheitswert. Beim unentgeltlichen Erwerb außerhalb des Familienverbandes ist künftig der gemeine Wert (Verkehrswert) die Bemessungsgrundlage. Der Betriebsfreibetrag von 365.000 € gilt nur mehr bei unentgeltlichem Erwerb im Familienverband.

Bundesfinanzgesetz 2014 und 2015, Bundesfinanzrahmengesetz 2015-2018

Mit einer Verspätung aufgrund der Nationalratswahlen im Herbst 2013 beschließt der Nationalrat das Bundesfinanzgesetz 2014 und 2015 und das Bundesfinanzrahmengesetz 2015-2018.

Für 2014 sind Einnahmen von 72,2 Mrd. € und Ausgaben von 75,8 Mrd. € präliminiert. Das Defizit des Bundes beträgt damit 2,8% des BIP. Für 2015 sind Ausgaben von 74,7 Mrd. € und Einnahmen von 71,5 Mrd. € vorgesehen, sodass das Defizit des Bundes auf 1,5% des BIP sinkt. Das gesamtstaatliche Defizit nach Maastricht-Definition wird für 2014 mit 2,7% und für 2015 mit 1,4% des BIP prognostiziert, das strukturelle Defizit soll 2014 1% und 2015 0,9% des BIP betragen. Die Schuldenquote erreicht 2014 mit 79,2% einen neuen Höchstwert und geht 2015 auf 77,6% zurück. Dieser Konsolidierungskurs wird im Finanzrahmengesetz für die Jahre 2015 bis 2018 fortgeschrieben.

Bis 2016 soll ein strukturell nahezu ausgeglichenes Budget erreicht werden (strukturelles Defizit von 0,4% des BIP). Die öffentliche Gesamtverschuldung wird bis 2018 auf 71,5% des BIP gesenkt.

6. Juni: Die Raiffeisen Bank International AG (RBI) zahlt das 2009 vom Staat gezeichnete Partizipationskapital von 1,75 Mrd. € zurück. Ursprünglich war die Rückzahlung im März geplant, sie wurde jedoch von der Finanzmarktaufsicht aufgrund der Krise in der Ukraine untersagt. Mit der Raiffeisen Bank Aval besitzt die RBI die viertgrößte Bank in der Ukraine.

10. Juni: Standard & Poor's senken das Rating der Erste Group Bank AG, der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG und der Raiffeisen Bank International AG, der KA Finanz AG sowie der Hypo Niederösterreich Gruppe auf "A/Watch Neg/A1". Die Pläne der Regierung, Wertpapiere der Hypo Alpe-Adria-Bank AG, die mit einer Haftung des Landes Kärntens ausgestattet sind, zur Finanzierung der defizitären Bank zu benutzen, seien unerwartet und entsprechen nicht der außerordentlichen staatlichen Unterstützung für systemrelevante Banken in Österreich.

11. Juni: Der Ministerrat beschließt die Schaffung einer Abbaueinheit sowie die Beteiligung von Alteigentümern und nachrangigen Gläubigern an den Kosten der Abwicklung der Hypo Alpe Adria International AG²⁾. Betroffen sind davon der ehemalige Eigentümer Bayerische Landesbank mit einem Darlehen von 800 Mio. € und Inhaber von nachrangigen Anleihen in der Höhe von 890 Mio. €, für die das Land Kärnten haftet. Die Kärntner Landesholding und die Grazer Wechselseitige Versicherung sollen weitere Beiträge leisten. Im November soll die im Finanzministerium angesiedelte Abbaueinheit, die über keine Banklizenz verfügen wird, ihre Tätigkeit aufnehmen und schwer einbringliche Kredite mit einer Laufzeit über 2025 hinaus im Ausmaß von 17 Mrd. € verwerten. Da Anleihen, für die der österreichische Staat haftet, davor fällig werden, muss dieser Kapital vorschießen. Nach einer Entscheidung der Europäischen Kommission dürfen der Hypo Alpe-Adria-Bank AG noch 3,6 Mrd. € an Kapital und 3,3 Mrd. € an Liquidität zufließen. Damit werden die ursprünglich im Finanzmarktstabilitätsgesetz vorgesehenen staatlichen Beihilfen von 15 Mrd. € auf 22 Mrd. € erhöht. Das Südosteuropa-Netz der Hypo Alpe-Adria-Bank AG mit einem Geschäftsvolumen von 8,5 Mrd. € soll bis Mitte 2015 verkauft werden. Bisher hat sich der Staat an der Bank zur Aufrechterhaltung der Tätigkeit mit Garantien und Kapital im Ausmaß von 5,5 Mrd. € beteiligt.

13. Juni: Die von Bundesminister Ostermayer und Finanzstaatssekretär Danninger koordinierte Aufgabenreform- und Deregulierungskommission nimmt ihre Tätigkeit auf. 14 Beauftragte werden die Effizienz der Aufgabenerbringung durch die öffentliche Verwaltung prüfen und bis Ende 2014 einen ersten Bericht erstellen.

24. Juni: Anlässlich des Besuches des russischen Präsidenten Putin unterzeichnen Vertreter der OMV und der österreichischen Errichtungsgesellschaft des russischen Gaslieferanten Gazprom ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Errichtung des österreichischen Abschnittes der Gaspipeline South Stream (von der ungarischen Grenze bis Baumgarten). Die transeuropäische Transportroute für Erdgas soll Ende 2016 in Betrieb gehen.

RBI

Erste Group: Rating

Hypo: Abbaueinheit

Aufgabenreform- und Deregulierungskommission

OMV, Gazprom:
South Stream

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2014", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(4), S. 260, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/47217>.